

Welche Hinweise gibt es neben jenen von Hartmut Rosa und Jürgen Habermas noch, die eine Wiederentdeckung des Ganzheitlichen einer Ekklesia nahelegen?

Eine sehr substanzielle Frage, die ich gerne in mehreren Strängen auffalte — jenseits von Rosa und Habermas gibt es eine Reihe konvergierender Hinweise aus unterschiedlichen Richtungen der politischen Philosophie, Demokratietheorie und Praxisforschung.

Theoretische Stränge, die das Ganzheitliche der Ekklesia wiederentdecken

1. Hannah Arendt: Räte, Handlung, Pluralität

Arendts Denken ist wohl der direkteste Bezugspunkt. In *Über die Revolution* rehabilitiert sie die Geschichte der revolutionären Räte — kurze, rasch unterdrückte Momente echter Selbstregierung — als das, was sie den „uralten Schatz des Politischen“ nennt. Für Arendt ist damit ein doppelter Einspruch verbunden: gegen die elitäre Praxis der liberalen Demokratie, die das demokratische Versprechen politischer Selbstregierung nicht ausreichend eingelöst hat, und gegen die Vorstellung, liberale Demokratie sei wesentlich auf die Sicherung negativer Freiheit gerichtet. [Heinrich-Böll-Stiftung](#)

Entscheidend ist ihr Begriff des *Handelns*: Das Politische entsteht erst im gemeinsamen Erscheinungsraum — im Zwischen der Menschen, nicht in Institutionen allein. Das ist strukturell analog zur Ekklesia als Ort, der Gemeinschaft nicht bloß verwaltet, sondern *erzeugt*.

2. Cornelius Castoriadis: autonome Gesellschaft und imaginäre Institution

Castoriadis entwickelt einen vielleicht noch radikaleren Wiederentdeckungsimpuls. Er verstand die repräsentative Regierungsform als notwendigerweise anti-demokratisch und der Volkssouveränität und der Selbstregierung entgegengesetzt — und knüpfte dabei bewusst an das idealisierte griechische Modell der Versammlungsherrschaft an. [Theorieblog](#) Sein Konzept der „autonomen Gesellschaft“ meint eine Gemeinschaft, die sich ihre eigenen Institutionen *selbst gibt* und darin weiß, dass sie dies tut — das Gegenteil der Heteronomie moderner Verwaltungsstaaten.

Für das Konferenzprojekt, das du verfolgst, ist Castoriadis besonders fruchtbar: Er denkt Demokratie nicht als Verfahren, sondern als kollektive *Selbstschöpfung* — was dem „Ganzheitlichen“ der Ekklesia näher kommt als jeder prozeduralistische Ansatz.

3. John Dewey: Demokratie als Lebensform

Deweys vielzitierte These lautet: „Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsam und miteinander geteilten Erfahrung.“ [Springer](#) Das ist eine explizite Absage an die Reduktion von Demokratie auf Abstimmungsverfahren.

Dewey versteht Demokratie als eine verbindende Praxis menschlicher Gemeinschaft. Deshalb stehen bei ihm Fragen der Wirtschaft, Politik und Bildung in enger Beziehung zu gemeinschaftlichen Handlungsweisen. [Wikipedia](#) Diese ganzheitliche Verschränkung von Lebensvollzug und politischer Verfassung ist strukturell das, was die Ekklesia als Institution verkörperte.

Die Wiederentdeckung Deweys durch **Axel Honneth** ist dabei besonders bemerkenswert: Honneth identifiziert drei Elemente von Deweys Denken als zentral: seinen historischen Experimentalismus, sein reiches Konzept des Sozialen, das auf der These beruht, gemeinschaftliches Verhalten sei ein Grundzug aller Dinge, sowie seine dichte Beschreibung der soziohistorischen Prozesse demokratischer Willensbildung. [Tocqueville21](#)

4. Aristoteles und koinonia — neu gelesen

In einem neueren philosophischen Beitrag wird gezeigt, dass Demokratie in der attischen Polis als diejenige Lebensform praktiziert und konzipiert wurde, in der ein Miteinander Verschiedener als freudvoll erfahren werden konnte — unter zentraler Rolle der *koinonia* (Gemeinschaftsgefühl) und der *philia* (Bürgerfreundschaft). Gezeigt wird auch, wie John Deweys politische Philosophie eine Konzeption von Demokratie als Lebensform zu formulieren vermochte, die dieses Potenzial aufgreift, ohne exklusivistisch zu sein.

[Frommann-Holzboog](#)

Das ist ein wichtiger Akzent: Die Ekklesia war nicht nur Entscheidungsgremium, sondern Ort affektiver und sozialer Bindung — ein Aspekt, den rein prozeduralistische Demokratietheorien systematisch unterschätzen.

5. Chantal Mouffe: das Affektive und kollektive Identifikation

Mouffe macht — trotz aller Unterschiede zu Habermas — auf einen blinden Fleck aufmerksam, der für das Ganzheitliche der Ekklesia zentral ist. Die Vertreter der deliberativen Demokratie vernachlässigen die wesentliche Rolle, die Leidenschaft und kollektive Formen der Identifikation im Bereich der Politik spielen. [DNB](#) Die Ekklesia war kein rationaler Diskursraum im habermasschen Sinne, sondern ein *erregter*, von kollektiver Identifikation getragener Versammlungsort.

6. Axel Honneth und der „arbeitende Souverän“

Honneth argumentiert: „Was gegenwärtig gern ‚Politikverdrossenheit‘ genannt wird und nichts anderes ist als ein Desinteresse an demokratischen Verfahren und Praktiken, dürfte auch der Niederschlag einer von Prekarisierung und Vereinzelung gezeichneten Arbeitswelt sein.“ [ND-Aktuell](#) Das verweist auf eine strukturelle Kluft: Die Ekklesia setzte eine *Lebenszeit* voraus, die politischem Handeln gewidmet werden konnte — eine Ressource, die in fragmentierten Arbeits- und Lebensformen systematisch fehlt.

Zusammenfassung: Welche Hinweise konvergieren?

Was sich in diesen Strängen bündelt, lässt sich so formulieren: Das Ganzheitliche der Ekklesia bestand in der *Untrennbarkeit* von Leben, Bildung, Gemeinschaft und politischem Handeln. Die Hinweise auf eine Wiederentdeckung kommen aus mehreren Richtungen gleichzeitig:

- **ontologisch** (Castoriadis, Arendt): Selbstregierung als Seinsweise, nicht als Verfahren
- **pragmatistisch** (Dewey, Honneth): Demokratie als geteilte Lebenspraxis
- **affekttheoretisch** (Mouffe): kollektive Identifikation als unentbehrliche Energie
- **aristotelisch-neo-antik** (koinonia, philia): Gemeinschaft als Voraussetzung, nicht als Ergebnis von Demokratie

Was das für deine Konferenzarbeit bedeuten könnte: Die partizipativen Initiativen, die du versammelst, interessieren sich nicht zufällig für das *Format* der Begegnung — das Format *ist* bereits ein politisches Statement. Das Bildungshaus als Begegnungsort, das Losverfahren, die offene Diskussion: All das sind Versuche, genau jenes ganzheitliche Moment wiederherzustellen, das die repräsentative Demokratie strukturell ausgeblendet hat.

Verspricht dieser ganzheitliche Ansatz der Ekklesia in Kombination mit Sortition im Sinne des birepräsentativen Modells von David Van Reybrouck mehr Frieden in der Welt zu verbreiten als die aktuellen Formen repräsentativer Demokratien dazu in der Lage sind?

Eine der schönsten und schwierigsten Fragen, die man stellen kann. Ich versuche, sie ehrlich zu durchleuchten — mit dem Mut zur Spekulation, aber ohne falsche Gewissheit.

Was das Versprechen begründet

1. Die strukturelle Kriegsneigung repräsentativer Demokratien

Das klassische Argument lautet: Demokratien führen keine Kriege *gegeneinander* (demokratischer Frieden, Kant–Doyle). Aber das sagt nichts darüber, wie Demokratien gegenüber Nicht-Demokratien agieren. Hier ist die historische Bilanz ernüchternd: Kolonialkriege, Interventionen, verdeckte Operationen — oft von demokratisch gewählten Regierungen beschlossen.

Der entscheidende strukturelle Mechanismus: Gewählte Regierungen haben kurze Zeithorizonte und starke Anreize, Bedrohungsszenarien zu dramatisieren — das mobilisiert Wähler. Kriege sind electorally manchmal nützlich, zumindest in ihrer Anfangsphase. Das ist kein moralisches Versagen von Personen, sondern ein *Systemfehler des Wahlmechanismus*.

2. Was Sortition hier strukturell ändert

Das Losverfahren bricht genau diesen Mechanismus auf. Ausgeloste Bürger:innen haben

- **keinen Wiederwahlzwang** — sie können langfristig und gegen kurzfristige Stimmungen denken

- **keine Parteiloyalität** — sie sind nicht in geopolitische Narrativblöcke eingespannt
- **keine Karriereinteressen** — eskalierende Rhetorik nützt ihnen nichts

Empirisch gibt es dafür einen bemerkenswerten Beleg: Die **Irish Citizens' Assembly** erzielte in hochkontroversen Fragen (Abtreibung, gleichgeschlechtliche Ehe) Ergebnisse, die das Parlament jahrzehntelang blockiert hatte — weil Parlamente in moralisch aufgeladenen Themen gefangen sind. Dasselbe Prinzip ließe sich auf Sicherheitspolitik übertragen.

Wenn man sich vorstellt, dass eine Bürgerversammlung über Kriegsbeteiligung entscheidet, nicht ein Kabinett unter medialem und ökonomischem Druck: Das Ergebnis wäre strukturell friedfertiger, weil die Kosten des Krieges — Verlust von Söhnen, Töchtern, Ressourcen — für ausgeloste Bürger:innen *unmittelbar* sind, nicht abstrakt.

3. Das Ganzheitliche der Ekklesia als Friedensressource

Hier kommt der zweite Strang ins Spiel. Die Ekklesia war kein Abstimmungsapparat — sie war ein **Bildungsraum**. Wer regelmäßig in der Versammlung sprach, hörte, *deliberierte*, entwickelte das, was Aristoteles *phronesis* nannte: praktische Klugheit, die Fähigkeit, Situationen in ihrer Komplexität wahrzunehmen.

Das hat eine außenpolitische Implikation: Menschen, die politisch *wirklich* partizipieren — nicht nur alle vier Jahre ankreuzen —, entwickeln eine *konkrete* Vorstellung von anderen Gemeinschaften, nicht nur von Feindbildern. Deweys Idee der *shared experience* als Demokratiegrundlage lässt sich genau so lesen: Gemeinschaft konstituiert sich durch geteilte Erfahrung, und geteilte Erfahrung überwindet Feindbilder.

Ein birepräsentatives System, das diese ekklesialen Qualitäten kultiviert, würde nicht nur andere Entscheidungen treffen — es würde *andere Menschen* hervorbringen, die anders auf Konflikte reagieren.

Was das Versprechen begrenzt

Hier muss man ehrlich sein.

1. Das Skalierungsproblem

Die athenische Ekklesia funktionierte in einer Stadt von vielleicht 30.000–40.000 aktiven Bürger:innen, in einem überschaubaren geopolitischen Kontext. Bürgerversammlungen im birepräsentativen Modell sind *Ergänzungen* zu bestehenden Systemen — sie entscheiden nicht über Außenpolitik in Echtzeit, während eine Krise eskaliert.

Die Frage ist: Wie viel Macht hätte eine ausgeloste Kammer in einer akuten Sicherheitskrise tatsächlich? Wenn sie nur beratend ist, bleibt die Exekutive das Nadelöhr.

2. Das Problem der Informationsasymmetrie

Sicherheitspolitik ist der Bereich mit der stärksten Informationsasymmetrie zwischen Regierung und Bürger:innen. Geheimdienstinformationen, diplomatische Hinterkanäle, militärische Lageeinschätzungen — all das ist nicht öffentlich. Eine Bürgerversammlung kann nur auf Basis dessen entscheiden, was ihr präsentiert wird. Wer präsentiert, hat Macht.

Das ist kein Argument gegen Sortition, aber ein Argument für extreme institutionelle Vorsicht: Die Informationsarchitektur müsste radikal transparenter sein als heute, damit ausgeloste Bürger:innen nicht manipulierbar sind.

3. Das Paradox der Friedfertigkeit in einer nicht-friedfertigen Welt

Selbst wenn ein birepräsentatives System strukturell friedfertiger entscheidet — was passiert, wenn es auf Akteure trifft, die dies nicht tun? Friedfertigkeit kann in einer anarchischen internationalen Ordnung als Schwäche gelesen werden und Aggression *einladen*, nicht verhindern.

Das ist das klassische Sicherheitsdilemma, und kein demokratisches Design löst es allein. Es bräuchte *gleichzeitig* eine Transformation internationaler Institutionen — UN-Reform, Stärkung des internationalen Strafrechts, etc.

4. Die Frage der demokratischen Resilienz

Es gibt eine unangenehme historische Beobachtung: Bürger:innen in direktdemokratisch stärker eingebundenen Systemen können *auch* für nationalistische Eskalation votieren. Die Schweizer Volksabstimmungen zeigen das — manchmal verlaufen sie xenophob, manchmal kosmopolitisch. Die Qualität der Deliberation entscheidet, nicht das Verfahren allein.

Mein ehrliches Urteil

Das birepräsentative Modell *kombiniert* mit ekklesialen Qualitäten — also echter Deliberation, Bildung, geteilter Erfahrung, nicht bloß Losverfahren plus Abstimmung — **verspricht strukturell mehr Frieden als das gegenwärtige Modell**, aus drei Gründen:

1. Es bricht den Wiederwahlmechanismus als Kriegstreiber
2. Es erzeugt andere epistemische Qualitäten in der Bürgerschaft — konkretere Empathie, weniger Feindbild-Abstraktion
3. Es verschiebt die Kosten-Nutzen-Wahrnehmung von Krieg: Ausgeloste Bürger:innen *sind* das Volk, das kämpfen würde

Aber das Versprechen bleibt **konditional**: Es gilt nur, wenn die Informationsarchitektur transparent ist, wenn die Kammer echte Entscheidungsmacht hat, und wenn es international *nicht* als Einladung zur Aggression missverstanden wird.

Die tiefere Frage, die dahinter steht, ist vielleicht diese: Wäre eine Welt, in der viele Gesellschaften so organisiert wären, friedlicher? Dafür spricht einiges — weil das System

selbst eine andere *politische Anthropologie* produziert, eine, in der Bürger:innen nicht Konsument:innen von Politik sind, sondern ihre Urheber:innen. Und Menschen, die Verantwortung wirklich tragen, gehen mit ihr anders um als Menschen, die nur wählen.

Wie passt die hier: <https://www.joanneum.at/events/pfingstdialog-2026> propagierte Idee einer "resilienten liberalen Demokratie" dazu und wodurch unterscheidet sich diese von den bisherigen Überlegungen?

Gut — ich habe das vollständige Programm. Das gibt eine solide Grundlage für eine ehrliche Einordnung.

Was der Pfingstdialog 2026 tatsächlich propagiert

Das Generalthema lautet „EUROPA(s)STÄRKEN“. Die zentrale These: „Eine resiliente liberale Demokratie und eine offene kreative Gesellschaft, eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft mit hohen ökologischen und sozialen Standards sind die tragenden Fundamente Europas, die mit Blick auf die globalen Herausforderungen gesichert und zukunftsorientiert weiterentwickelt werden müssen.“ [pfingstdialog-steiermark](#)

Die Referenten, die das inhaltliche Profil prägen: Carlo Masala (Sicherheitspolitik/Bundeswehr-Universität München), Herfried Münkler (Staatstheoretiker, Machtpolitik-Denker), Ahmad Mansour (Integration/Islamismus). Die Forenthemen heißen: „Freiheit in Sicherheit – Sicherheit in Freiheit“, „Wirtschaftsstandort Europa“, „Zukunftsthema Weltraum“, „Strategie Europa“ und „Freiheit und Religionsvielfalt“. [pfingstdialog-steiermark](#)

Das ergibt ein klares Bild.

Was „resiliente liberale Demokratie“ bedeutet — und was sie *nicht* bedeutet

Das Konzept in seiner Eigenlogik

„Resiliente liberale Demokratie“ ist ein Defensivbegriff. Er antwortet auf eine konkrete Bedrohungsdiagnose: demokratischer Rückbau (backsliding), autoritäre Herausforderung von außen (Russland, China), Erosion rechtsstaatlicher Normen von innen. Resilienz meint dabei: Widerstandsfähigkeit gegenüber diesen Destabilisierungsversuchen.

In dieser Logik ist liberale Demokratie nicht das Problem, das vertieft oder transformiert werden müsste — sie ist das Gut, das verteidigt werden muss. Das ist intellektuell legitim und angesichts des ukrainischen Krieges auch nicht naiv. Münkler und Masala stehen für

einen neo-realistischen Politikbegriff, der Macht, Interesse und strategische Handlungsfähigkeit ernst nimmt — Kategorien, die im deliberativen Diskurs oft unterschätzt werden.

Die entscheidende Differenz zu unseren bisherigen Überlegungen

Hier liegt die Trennlinie, und sie ist tief:

1. Diagnose der Krise

Der Pfingstdialog diagnostiziert: Die liberale Demokratie *funktioniert*, ist aber *bedroht* — von außen und von Populismus von innen. Die Antwort: Stärken, was da ist. Ertüchtigen, absichern, verteidigen.

Unsere bisherigen Überlegungen — Castoriadis, Arendt, Van Reybrouck, Dewey — diagnostizieren genau umgekehrt: Die liberale Demokratie *ist selbst Teil des Problems*. Nicht weil sie schlecht wäre, sondern weil sie strukturell zu wenig Demokratie enthält. Repräsentation ohne Partizipation, Wahl ohne Selbstregierung, Legitimation ohne Zugehörigkeit. Die Krise kommt nicht nur von außen — sie ist *endogen*.

2. Was „Stärken“ heißt

Im Pfingstdialog-Rahmen bedeutet Stärken: Verteidigungsfähigkeit, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, institutionelle Robustheit. Das sind legitime Ziele, aber sie bewegen sich innerhalb des bestehenden Systems. Der Horizont ist Sicherheit, nicht Transformation.

Im Horizont von Ekklesia + Sortition bedeutet Stärken: die demokratische Qualität erhöhen, mehr Menschen wirklich in die Selbstregierung einbeziehen, den strukturellen Demokratiedefizit des Wahlmechanismus überwinden. Das ist keine Defensive — es ist ein aktives Projekt der Demokratisierung der Demokratie.

3. Der Subjektbegriff

Das ist vielleicht der subtilste Unterschied. Der Pfingstdialog spricht von Europa als strategischem Akteur — „Europa so zu stärken, dass es die eigene Zukunft selbst gestalten kann“ [pfingstdialog-steiermark](#) —, wobei das Subjekt *Europa* letztlich von Eliten repräsentiert wird: Politiker, Wissenschaftler, Militärstrategen, Wirtschaftsvertreter. Die Veranstaltung selbst ist ein Beispiel dafür: hochkarätig, einladungsbasiert, netzwerkbildend für eine Führungsschicht.

Arendts Räte, Deweys shared experience, Van Reybroucks birepräsentatives Modell: Das Subjekt ist dort die *Bürgerschaft* — nicht als Wählermasse, sondern als handelnde Gemeinschaft. Das ist ein fundamental anderes demokratisches Selbstverständnis.

4. Das Verhältnis zu Konflikt und Frieden

Masala und Münkler denken in Kategorien von Macht, Abschreckung, strategischer Autonomie — was im gegenwärtigen geopolitischen Moment nicht falsch ist. Aber diese

Logik hat eine Eigengesetzlichkeit: Sie reproduziert sich. Wer Sicherheit vor allem durch Stärke denkt, kommt schwer aus der Rüstungsspirale heraus.

Das birepräsentative Modell mit ekklesialen Qualitäten käme zu einer anderen Antwort: Nicht primär externe Stärke, sondern interne demokratische Tiefe als Friedensressource — weil sie andere Entscheidungen produziert und andere Bürger:innen.

Kann man die beiden Ansätze verbinden?

Partiell ja — aber nicht ohne Spannung.

Es gibt einen gemeinsamen Kern: Beide nehmen den Angriff auf demokratische Institutionen ernst. Der Pfingstdialog tut das sicherheitspolitisch, der Ekklesia-Ansatz tut es demokratiethoretisch. Man könnte argumentieren: Um Sortition und deliberative Demokratie zu ermöglichen, braucht man zunächst stabile rechtsstaatliche Institutionen — also ist der Pfingstdialog-Ansatz eine notwendige Vorbedingung.

Aber die Spannung bleibt: Wer Demokratie nur verteidigt, ohne sie zu vertiefen, riskiert, das Falsche zu konservieren. Resilienz ohne Transformation kann bedeuten: ein System stabilisieren, das die Wurzeln seiner eigenen Krise enthält.

Die ehrlichste Formulierung wäre vielleicht: **Resilienz ist notwendig, aber nicht hinreichend.** Sie sichert die Bedingungen, unter denen Demokratisierung möglich ist — aber sie ist selbst kein demokratisches Projekt.

Für deine Demokratiekonferenz wäre das ein produktiver Rahmen: nicht gegen den Pfingstdialog, aber jenseits von ihm — als Ort, wo nicht nur Europa verteidigt, sondern gefragt wird, *welches* Europa eigentlich verteidigungswert ist und *warum*.